

An den Kreistagsvorsitzenden
Herrn Claus Spandau
Riversplatz 1 - 9

35394 Gießen

Gießen, den 17. März 2023

Dringlichkeitsantrag: Resolution

Solidarität mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und mehr Geld für die Kommunen

Als Kommunalpolitiker*innen unterstützen wir die Tarifforderung der Gewerkschaft ver.di für den Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen sowie die Gewerkschaft ver.di fordern in den aktuellen Tarifverhandlungen eine Lohnerhöhung von 10,5 % und mindestens 500 Euro mehr sowie 200 Euro zusätzlich für Auszubildende und deren Übernahme. Diese Forderungen sind absolut berechtigt.

Es ist in unserem Interesse gute Lebensverhältnisse vor Ort zu schaffen bzw. zu sichern. Dazu gehören gut ausgestattete öffentliche Dienstleistungen, funktionierende Krankenhäuser, kindgerechte Kitas, Schulen und vieles andere mehr. Dafür brauchen wir auch gut ausgebildetes und bezahltes Personal, das die öffentlichen Einrichtungen am Laufen hält. Gerade auch in Krisenzeiten beweist der öffentliche Dienst seine hohe Bedeutung für unsere gesamte Gesellschaft. Auch deswegen muss die Arbeit der Beschäftigten gewürdigt werden – auch und gerade im Entgelt. Nicht zu übersehen ist weiter, dass es sich in der weit überwiegenden Zahl um Frauen handelt.

In vielen privaten Unternehmen werden höhere Gehälter bezahlt, gibt es attraktiverer finanzielle Bedingungen. Die Inflationsrate hat ein Übriges getan, sie hat vielen Beschäftigten im öffentlichen Dienst massive Einkommensbußen abverlangt. Die Tarifforderung von ver.di in Höhe von 10,5 % ist keine utopische Forderung. Die letzten drei Jahre haben den abhängig Beschäftigten Menschen Reallohnverluste in Höhe von 5 Prozent beschert.

Für die kommunalen Haushalte ist gleichzeitig ein Abschluss von Tarifverhandlungen mit höherer Bezahlung eine Belastung für die Finanzierung der Haushalte. Darum ist die Forderung an Bund und Land zu richten, die Kommunen besser zu finanzieren. Ein wesentlich höherer Anteil an Steueraufkommen muss den Kommunen

zugutekommen, schließlich führen sie die Gesetze von Bund und Land aus, schließlich sind sie diejenigen, die die Aufgaben zu Gunsten der Bürger*innen zu erledigen haben.

Deshalb: Mehr Geld für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Der Kreistag unterstützt die Tarifforderungen der Gewerkschaften und ruft zur Beteiligung an deren Aktionen auf. Der Verband der kommunalen Arbeitgeber wird aufgefordert mit einem für die Beschäftigten guten Tarifabschluss für bessere Voraussetzungen zur Personalgewinnung bei den Kommunen zu sorgen.

Begründung

Geprägt waren die letzten Jahre von Pandemie, Krieg und Inflation. Die Ungleichheit in Deutschland hat sich in den letzten Jahren wieder verschärft. Lieferketten wurden unterbrochen, es entstanden Engpässe, viele Rohstoffpreise stiegen in die Höhe. Schon vor dem Angriffskriegs Russland auf die Ukraine stiegen die Energiepreise an. Seitdem erleben wir eine angebotsgetriebene Inflation, wie sie seit 1951 nicht mehr verzeichnet wurde. Die Teuerungsrate lag im Oktober 2022 bei 10,4 %, im Jahresdurchschnitt 2022 bei 7,9 %. Alles wird teurer: Lebensmittel, Konsumgüter generell, Mietpreise, Immobilien und Energie. Vereinzelt Lebensmittel, die für den Grundbedarf wichtig sind, wurden über 20 % teurer. Energiepreise stiegen um die 24 %. Auch die Mieten steigen von Jahr zu Jahr, im Landkreis Gießen liegt der Mietpreis durchschnittlich bei 9,72 €/qm. Trotz Lohnsteigerungen, verzeichnet das Bundesamt einen Reallohnverlust von 4,8 %. Fast die Hälfte des Reallohnzuwachses ging 2021 und 2022 wieder verloren. Die finanziellen Belastungen sind gerade für Kolleg*innen in den unteren Entgeltgruppen nicht mehr zu stemmen. Die Inflation lag 2021 und 2022 zusammen gerechnet bei 11 Prozent. Zugleich wächst der Aufgabenberg, Stellen bleiben unbesetzt, weil Arbeitskräfte fehlen und die Stellen bei Bund und Kommunen nicht attraktiv genug sind.

Gute Löhne für die Beschäftigten sind bezahlbar. Ausreichend Personal in Kitas, Schulen und Krankenhäusern und ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr sind bezahlbar – wenn die Bundesregierung es will. Der Bund muss hier nicht nur für seine eigenen Beschäftigten Verantwortung übernehmen, sondern auch den Kommunen finanziell unter die Arme greifen, damit auch finanzschwache Kommunen ihren Beschäftigten die dringend notwendigen Lohnerhöhungen ohne weitere Probleme zukommen lassen können.

Mit freundlichen Grüßen



Reinhard Hamel
Fraktionsvorsitzender



Desiree Becker
stellv. Fraktionsvorsitzende